15 Jahre NSU-Selbstenttarnung: Zu viele offene Fragen, zu wenig Konsequenzen

Am 4. November liegt die öffentliche Selbstenttarnung des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU), der mindestens zehn Menschen ermordete, genau 15 Jahre zurück. Von der versprochenen Aufklärung über Hintergründe wie staatliche Verstrickungen kann nach wie vor keine Rede sein. Während die Opfer und Hinterbliebenen weiter um die Wahrheit ringen, sind die ersten Mittäter bereits wieder in Freiheit.

Von HEIKE KLEFFNER

Kein Schlussstrich« – diese Forderung der Hinterbliebenen und Angehörigen der zehn Opfer der rechtsterroristischen und rassistischen Mordserie des NSU und der Überlebenden der drei von ihm verübten rassistischen Sprengstoff-Anschläge prägt als zentrale Mahnung den Jahrestag der Selbstenttarnung der Terrorgruppe.

Prominente Unterstützung erhalten die Hinterbliebenen durch die bekanntesten parlamentarischen Aufklärer:innen im NSU-Komplex, die ehemaligen Bundestagsabgeordneten Clemens Binninger (CDU) und Petra Pau (Die Linke). Als »nicht befriedigend« kritisierte der Vorsitzende des zweiten NSU-Untersuchungsausschusses Binninger das Ende der strafrechtlichen Ermittlungen gegen acht der namentlich bekannten Unterstützer:innen des NSU-Kerntrios durch die Bundesanwaltschaft in diesem Jahr. »Wir konnten nicht alle Fragen aufklären«, betonte er bei einer Tagung des »Bundesarchivs«[1], das relevante Dokumente der Bundesrepublik digital sichert und zugänglich macht, Mitte Oktober in Berlin.[2] Der langjährige Polizist Binninger forderte, Bundesanwaltschaft und BKA sollten die neuen Ermittlungsmöglichkeiten – etwa zur Entschlüsselung von Datenträgern und DNA-Analysen – nutzen, um die Suche nach etwaigen Mittäter:innen des NSU-Kerntrios fortzusetzen. Petra Pau wies eindringlich darauf hin, dass es auch in Hinblick auf eine erfolgreiche Bekämpfung einer neuen Generation junger Rechtsterroristen zentral sei, den Hinterbliebenen des NSU-Terrors weiterhin zuzuhören. Deren Erfahrung jahrelanger rassistischer Kriminalisierung und ignorierter Hin-

HEIKE KLEFFNER, *ist Journalistin und u.a. Mitherausgeberin des jährlichen Report »Recht gegen Rechts«. Sie war wissenschaftliche Referentin in den NSU-Bundestagsuntersuchungsausschüssen für die Linksfraktion.*

1 Vgl. Digitales Themenportal »Rechte Gewalt« ist online. Projekt von Bundesarchiv, Landesarchiv Baden-Württemberg und Leibniz-Institut für Informationsinfrastruktur, Pressemitteilung, 27.4.2026, bundesarchiv.de.

2 Die Tagung war Teil des Projekts Themenportal Rechte Gewalt (archivportal-d.de) des Bundesarchivs, landesarchiv-bw.de.

weise auf ein rassistisches Tatmotiv der Anschlags- und Mordserie müssten Ermittlungsbehörden dringender denn je daran erinnern, die Perspektiven der Angegriffenen ernst zu nehmen. Einhellig warnen der konservative Polizist und die ehemalige Bundestagsvizepräsidentin der Linken: Die Netzwerke militanter Neonazis der »Generation Terror« der 1990er Jahre seien immer noch aktiv, das sei beim rechtsterroristischen Anschlag auf den langjährigen CDU-Politiker Walter Lübcke im Juni 2019 bei Kassel deutlich geworden. Dessen Adresse hatte sich auf einer Liste möglicher Anschlagsziele des NSU-Netzwerks befunden.

Eine ernüchternde Bilanz

Auf zehntausenden von Seiten haben mittlerweile 15 parlamentarische Untersuchungsausschüsse – zwei im Bundestag und 13 in den Landtagen der Tatortländer der NSU-Mordserie (mit Ausnahme von Hamburg) – die Mitverantwortung von Ermittlungsbehörden und Geheimdiensten im NSU-Komplex und deren umfangreiches Wissen über das NSU-Kerntrio und dessen Netzwerk dokumentiert. Zuletzt legte der zweite Untersuchungsausschuss im Landtag von Schwerin im Juli 2026 seinen Abschlussbericht vor. Im gleichen Monat endete am Oberlandesgericht (OLG) Dresden ein vermutlich letzter NSU-Prozess gegen NSU-Unterstützer:innen mit einer Bewährungsstrafe für eine langjährige Wegbegleiterin des NSU-Kerntrios in Zwickau.

»Mehr als drei Dutzend namentlich bekannte Helfer, die das NSU-Kerntrio unterstützten und dessen Terror ermöglichten, bleiben straflos.«

Mit Ausnahme von Beate Zschäpe, die vom Oberlandesgericht München nach fünfjähriger Beweisaufnahme im August 2018 zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt wurde, sind die fünf als Unterstützer:innen des NSU-Kerntrios Verurteilten in ihren Alltag zurückgekehrt. Seit seiner Haftentlassung im Mai 2026 lebt auch der ehemalige NPD-Kader, treue NSU-Helfer und Waffenbeschaffer Ralf Wohlleben wieder im Umfeld der inzwischen verbotenen völkisch-rassistischen Artgemeinschaft im Burgerlandkreis (Sachsen-Anhalt). Wohlleben war im Münchener NSU-Prozess zu zehn Jahren Haft verurteilt worden und trat auch im Strafvollzug offensiv als Neonazi auf. Er halte an seiner »ausländerfeindlich-rassistischen Gesinnung« fest, attestierte ihm der Bundesgerichtshof im Jahr 2023. Dass der heute 51-Jährige nie Reue oder eine Abkehr von der mörderischen NSU-Ideologie gezeigt hat, macht ihn in der Neonaziszene zum gefeierten Vorbild.

Die Bundesanwaltschaft teilt auf Anfrage mit, bis auf ein sogenanntes Strukturermittlungsverfahren gegen Unbekannt seien inzwischen alle NSU-Verfahren eingestellt. Mit ernsthaften Ermittlungsbemühungen ist also nicht mehr zu rechnen. Damit ist die Ausgangsthese der Strafverfolger von einem vermeintlich abgeschotteten Kerntrio mit einem kleinen Kreis von zu Bewährungs- und Haftstrafen verurteilten Unterstützer:innen zumindest juristisch kaum mehr anfechtbar. Mehr als drei Dutzend namentlich bekannte Helfer:innen, die das NSU-Kerntrio mit Ausweisen, Wohnungen und Fahrzeugen, mit Geld, Sprengstoff und Waffen unterstützten und dessen Terror ermöglichten, bleiben straflos. Angesichts dessen wie der Fülle offener Fragen in Bezug auf die Mitverantwortung der Inlandsgeheimdienste und ihrer

V-Leute im NSU-Unterstützer:innen-Netzwerk sowie angesichts der uneinheitlichen Umsetzungen von zentralen Empfehlungen der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse für die Polizeiarbeit und die Kontrolle der Verfassungsschutzämter ist diese Bilanz nach 15 Jahren ernüchternd. Das gilt umso mehr vor dem Hintergrund der Wahlerfolge der AfD als politischer Stichwortgeberin der neuen »Generation Terror« und der vehementen Angriffe auf die demokratische Zivilgesellschaft, auf Universitäten und Schulen.

Das Versprechen der Kanzlerin erwies sich als nicht haltbar

Die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte wenige Monate nach der öffentlichen Selbstenttarnung des NSU-Kerntrios am 23. Februar 2012 in ihrer Trauerrede im Französischen Dom in Berlin vor den Familienangehörigen der Ermordeten – Enver Şimşek (38), Abdurrahim Özüdoğru (49), Süleyman Taşköprü (31), Habil Kılıç (38), Mehmet Turgut (24), İsmail Yaşar (50), Theodoros Boulgarides (41), Mehmet Kubaşık (39), Halit Yozgat (21) sowie Michèle Kiesewetter (22) – und den Überlebenden der rassistischen Sprengstoffanschläge 2001 und 2004 in Köln beteuert: »Als Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland verspreche ich Ihnen: Wir tun alles, um die Morde aufzuklären und die Helfershelfer und Hintermänner aufzudecken und alle Täter ihrer gerechten Strafe zuzuführen. Daran arbeiten alle zuständigen Behörden in Bund und Ländern mit Hochdruck.«

Doch das Versprechen der Kanzlerin erwies sich noch in Merkels Amtszeit als nicht haltbar: Insbesondere die Geheimdienste – allen voran das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) und diverse Landesämter – blockierten erfolgreich eine umfassende Aufklärung: durch lügende und schweigende Mitarbeitende und sogenannte verdeckte Ermittler (VE) sowie das gezielte Vernichten von belastendem Beweismaterial. Beispielhaft hierfür stehen die »Operation Konfetti« am 11. November 2011 im BfV in Köln, als ein langjähriger Referatsleiter wenige Tage nach der Selbstenttarnung des NSU-Kerntrios zahlreiche Akten von V-Leuten vernichten ließ, sowie die bis heute nicht aufgeklärte Anwesenheit des V-Mann-Führers Andreas Temme am Tatort des Mordes an Halit Yozgat am 6. April 2006 in Kassel. Auf die Rücktritte des Präsidenten des Bundesverfassungsschutzes Heinz Fromm (SPD) und der Präsident:innen der Landesämter von Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin während des ersten Bundestagsuntersuchungsausschusses, folgte Hans-Georg Maaßen an der Spitze des BfV und damit auch des Verfassungsschutzverbunds.

> »Maaßens Agenda im NSU-Komplex und sein unheilvolles Wirken an der Spitze des BfV ist bislang nur unzureichend ausgeleuchtet.«

Maaßens Agenda im NSU-Komplex und sein unheilvolles Wirken an der Spitze des BfV ist bislang nur unzureichend ausgeleuchtet – trotz seiner offensichtlichen Radikalisierung noch vor seinem von der SPD erzwungenen Rücktritt im November 2018. Forderungen nach einem Untersuchungsausschuss über die sechseinhalb Jahre seiner Amtszeit verhallten ergebnislos. Maaßen, der während seiner Amtszeit erfolgreich eine Beobachtung der AfD durch das BfV verhindert hatte, tritt längst auch bei deren Veranstaltungen auf. Bei einer Anhörung im Thüringer Landtag Ende

September 2026 zur Frage eines AfD-Verbotsverfahrens trat er als Sachverständiger auf und lehnte dieses mit dem Nimbus eines ehemaligen Geheimdienstchefs wortreich und wenig überraschend vehement ab. Maaßen, der gegen seine Einstufung als »rechtsextremes Beobachtungsobjekt« durch seine ehemalige Behörde rechtliche Schritte eingeleitet hat, brachte sich bei einer möglichen Regierungsübernahme der AfD in Sachsen-Anhalt auch schon selbst als Kandidat für das Amt des Innenministers ins Spiel.

In seiner BfV-Amtszeit verhinderte er, dass die Öffentlichkeit über das Disziplinarverfahren gegen den langjährigen BfV-Referatsleiter mit dem Tarnnamen Lothar Lingen informiert wurde. Auskünfte zu den Disziplinarmaßnahmen musste das Bundesamt für Verfassungsschutz erst im Jahr 2020 nach einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts Leipzig aufgrund einer Klage der »Zeit« erteilen.[3] »Lothar Lingen« ist der einzige Beamte, der disziplinarisch – durch die Versetzung in eine andere Behörde – und strafrechtlich »wegen Verwahrungsbruchs« zur Verantwortung gezogen wurde. Gegen Zahlung von 3000 Euro an eine Kölner Initiative gegen Rechtsextremismus erreichte der Beamte allerdings eine endgültige Einstellung des Verfahrens.

»Die zentrale Konsequenz aus dem NSU-Komplex – mehr Transparenz, mehr Kontrolle – ist durch die geplante ›Reform der Nachrichtendienste‹ akut in Gefahr.«

Die Verfassungsschutzämter gehören trotz ihrer Mitverantwortung für das Staatsversagen im NSU-Komplex zu dessen Profiteuren. Während deren Befugnisse sukzessive ausgeweitet werden, ist die zentrale Konsequenz aus dem NSU-Komplex – mehr Transparenz, mehr Kontrolle – durch die von der Bundesregierung geplante »Reform der Nachrichtendienste« akut in Gefahr. Im Parlamentarischen Kontrollgremien (PKGr) des Bundestags, dessen Mitglieder das BfV und den BND kontrollieren sollen, ist seit 2025 lediglich der Grünen-Abgeordnete Konstantin von Notz noch als Abgeordneter aus den Reihen der demokratischen Oppositionsparteien vertreten, denn Union und SPD weigern sich, eine Linken-Abgeordnete ins PKGr zu wählen. Die Vehemenz, mit der Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) trotz des Höchststands an rechtsextremen Gewalttaten mit täglich mindestens vier Angriffen die Gefahr von links beschwört, lässt befürchten, dass sich auch in den Geheimdiensten diejenigen durchsetzen, die den »Nationalsozialistischen Untergrund« schon vor 15 Jahren für eine Art Betriebsunfall oder »Einzelfall« hielten.

Vorzugsbehandlung für selbsternannte Aussteiger:innen

Die offene Wunde und der Schmerz der Hinterbliebenen, mehr als 25 Jahre nach dem ersten bekannten rassistischen Mord des NSU an dem zweifachen Familienvater Enver Şimşek in Nürnberg und 15 Jahre nach der öffentlichen Selbstenttarnung des NSU-Kerntrios immer noch nicht zu wissen, warum ausgerechnet ihre Väter, ihre Söhne und Brüder, ihre Schwester sterben mussten, und wer dem NSU-Netzwerk vor

3 BVerwG Leipzig, 2 C 41.18, Urteil vom 13.10.2020 sowie Toralf Staud, Der Fall Lothar Lingen in: Heike Kleffner und Matthias Meisner (Hg.), Staatsgewalt: Wie rechtsradikale Netzwerke Bundeswehr, Polizei, Justiz und Verfassungsschutz unterwandern, Freiburg 2023.

Ort bei der Ausspähung der Tatorte half, prägte auch den zweiten und vermutlich letzten Prozess im NSU-Komplex am Oberlandesgericht Dresden, der im Juli 2026 endete. Zwölf Jahre hatte die Bundesanwaltschaft mit der Anklage gegen die heute 45-jährige Susann Eminger gewartet. Sie gehörte über Jahre mit ihrem im Münchener NSU-Prozess zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilten Ehemann André Eminger zu den engsten Weggefährt:innen und Helfer:innen des NSU-Kerntrios Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt in der Illegalität in Zwickau.

»Aufklärung ist keine Gnade, sie ist Pflicht. Und wir werden nicht aufhören, sie einzufordern. Wir fordern Gerechtigkeit, Aufklärung und Konsequenzen«, hatte Semiya Şimşek, die Tochter von Enver Şimşek zu Prozessbeginn bei einer Kundgebung vor dem OLG Dresden gesagt. Doch auch als selbsternannte Aussteiger:innen halten sich Susann und André Eminger an das rechtsterroristische Motto »Brüder schweigen«. André Eminger, der von seinen Anwälten im Münchener NSU-Prozess als »Nationalsozialist mit Haut und Haaren« beschrieben wurde und seit Juli 2022 im sächsischen Aussteigerprogramm betreut wird, verweigerte ebenso wie seine angeklagte Ehefrau die Aussage. Im Prozess wurde deutlich, dass das Ehepaar sein umfangreiches Wissen nicht mit den Ermittlungsbehörden geteilt hat. Der Prozess endete im Juli 2026 mit einer Verurteilung zu zwei Jahren Haft auf drei Jahre Bewährung wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung und Beihilfe zur schweren räuberischen Erpressung – die Bundesanwaltschaft hatte vier Jahre Haft gefordert. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Das Verfahren, in dem weder die Bundesanwaltschaft noch die Vorsitzende Richterin ein Interesse an Aufklärung zeigten, war eine vertane Chance. Es fehlte die Nebenklage, die auf die Leerstellen hätte hinweisen können.

Routinen des Lügens

Die vom Oberlandesgericht München zu lebenslanger Haft verurteilte Beate Zschäpe verfolgt mit selektiven Aussagen wie vor dem Bayerischen Untersuchungsausschuss – wo sie die Möglichkeit weiterer bislang unbekannter NSU-Morde nicht ausschloss – und Aussagen beim BKA sehr stringent ihre Selbstinszenierung als vermeintliche Aussteigerin, die sie mit einem Anwaltswechsel im dritten Prozessjahr am OLG München eingeläutet hatte. Ihr Ziel: Vorteile bei der Strafvollstreckung bzw. eine möglichst kurze Mindestverbüßungszeit. Seit dem Sommer 2025 wird sie im Aussteigerprogramm »Exit« betreut. Zu den Einzelheiten will sich dessen Leiter Bernd Wagner nicht äußern. Warum Beate Zschäpe bis heute keine einzige Frage der Hinterbliebenen und Überlebenden beantwortet? Schweigen sei »nicht immer ein Indiz für die Ignoranz von Opfern und deren berechtigter Interessen«, antwortet der ehemalige Polizist Wagner. Dass Beate Zschäpe eine erfahrene Lügnerin mit großem Durchsetzungsvermögen ist, stellte sie indessen auch als Zeugin im Prozess am OLG Dresden selbstbewusst zur Schau. Mit dem Halbsatz »das hätte ich ergänzen müssen«, räumte sie ein, dass sie sehr wohl von den zehn Morden und deren Planungen gewusst habe.

Im Münchener NSU-Prozess hatte sie in einer ihrer schriftlichen Einlassungen noch behauptet, immer erst im Nachhinein von den Mordtaten erfahren zu haben, wenn Mundlos und Böhnhardt zurückgekehrt seien. »Sie stellt sich nicht; sie möchte keinen Beitrag zur Aufklärung leisten. Sie ist keine Aussteigerin«, konstatiert Gamze

Kubaşık, die Tochter des vor 20 Jahren in Dortmund in seinem Kiosk vom NSU ermordeten dreifachen Familienvaters Mehmet Kubaşık.

Beate Zschäpe war in den 1990er Jahren in der Jenaer Neonaziszene gemeinsam mit Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt aktiv und konnte sich mit beiden im Januar 1998 nach dem Fund von Rohrbombenmaterial und 1,2 Kilogramm Sprengstoff in einer Garage in Jena (Thüringen) mit Hilfe eines militanten Unterstützer-Netzwerks der Festnahme entziehen. Bis sie sich am 8. November 2011 bei einer Polizeidienststelle in Jena selbst stellte, war Zschäpe über annähernd 13 Jahre gemeinsam mit Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt für eine in der Geschichte des deutschen Rechtsterrorismus beispiellose Mord-, Anschlags- und Raubserie verantwortlich. Nach deren Tod am 4. November 2011 übernahm Zschäpe die Verbreitung der rassistischen Botschaft des Netzwerks. Sie setzte die langjährige gemeinsame Wohnung in einem Mehrfamilienhaus in Zwickau in Brand und verschickte die menschenverachtende Bekenner-DVD, mit dem das NSU-Netzwerk die Verantwortung für zehn Morde und zwei der drei rassistisch motivierten Sprengstoffanschläge übernahm. Fast sieben Jahre später verurteilte der 6. Strafsenat des Oberlandesgerichts München die heute 51-Jährige nach fünfjähriger Hauptverhandlung im August 2018 als Mitglied des NSU-Kerntrios wegen zehnfachen Mordes sowie vielfachen versuchten Mordes, schwerer Brandstiftung, Raubüberfällen und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe. Dabei betonte der Strafsenat in dem über 3000 Seiten umfassenden schriftlichen Urteil deren zentrale Rolle. Zschäpe habe zu allen Morden eigene Tatbeiträge geleistet, indem sie unter anderem gemeinsam mit Böhnhardt und Mundlos die Tatorte und die späteren Opfer ausspähte und die Alltagstarnung an den Wohnorten in Chemnitz und Zwickau aufrecht hielt. Als gleichberechtigtes Mitglied des NSU-Kerntrios sei sie Mittäterin für die zehn Morde – auch ohne Anwesenheit an den Tatorten, urteilte das Oberlandesgericht und stellte zudem eine besondere Schwere der Schuld fest. Der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs bestätigte das Urteil im August 2021 in letzter Instanz. Damit ist eine vorzeitige Haftentlassung für Zschäpe nicht nach 15 Jahren möglich, über die Mindestverbüßungsdauer wird das OLG München im November 2026 seine Entscheidung fällen.

Post-NSU-Terrorismus

Die Ungewissheit ist für die Hinterbliebenen und Überlebenden eine zusätzliche Belastung. Sie verweisen auch darauf, dass die Frage nach weiteren, bislang unbekannten Anschlägen und Morden unbeantwortet im Raum steht. So hatte der Angeklagte Carsten S. im Prozess sein Wissen zum Sprengstoffanschlag am 23. Juni 1999 auf den Betreiber der Pilsbar »Sonnenschein« in Nürnberg preisgegeben. Ohne seine Aussage wäre dieser vermutlich erste rassistische Sprengstoffanschlag des NSU vor den Ermittlern verborgen geblieben. Der damals 18-jährige Besitzer Serkan Y. war durch hochexplosiven Sprengstoff, der in einer Taschenlampe versteckt war, schwer verletzt worden. Die von Verdächtigungen gegen Serkan Y. und dessen Freundeskreis geprägten institutionell rassistischen Ermittlungsansätze, mit denen die Nürnberger Polizei und Staatsanwaltschaft über »Schutzgelderpressung«, »türkeistämmige Mafia« und »Ausländerextremismus« spekulierten, wiederholten sich bis zum 4. November 2011 wie ein roter Faden in allen weiteren Ermittlungen über mehr als ein Jahrzehnt während der gesamten Mord- und Anschlagsserie. Serkan Y.

ist überzeugt davon, dass es Susann Eminger war, die er als eine Besucherin der Pilsbar vor dem Anschlag erkannt hat. Doch wenn es nach den Ermittlungsbehörden geht, soll er sich damit abfinden, dass niemand für seine bis heute anhaltenden Verletzungsfolgen strafrechtlich zur Verantwortung gezogen wird.

Das Selbstbewusstsein vieler Täter des Post-NSU-Rechtsterrorismus wurde auch durch die Straflosigkeit für das NSU-Unterstützer:innen-Netzwerk geprägt. 13 Menschen starben bei rechtsterroristischen Anschlägen allein im Zeitraum zwischen 2019 und 2025, darunter der langjährige CDU-Regierungspräsident Walter Lübcke im Juni 2019. In Halle (Saale) tötete ein Rechtsterrorist bei dem gescheiterten Versuch, an Yom Kippur 2019 in der Synagoge ein antisemitisches Massaker an den dort Betenden zu begehen, zwei Menschen und verletzte unter anderem mehrere Imbissgäste des »Kiez-Döner« lebensgefährlich. In Hanau tötete ein rassistischer Überzeugungstäter am 19. Februar 2020 neun junge Menschen. Auch diese Anschläge haben Dutzende traumatisierte Überlebende und Angehörige hinterlassen, die die jeweiligen Polizeieinsätze und mangelnde Aufklärung kritisieren sowie Konsequenzen von den Verantwortlichen in Politik und Strafverfolgungsbehörden einfordern.

»Auch die Anschläge in Halle und Hanau haben traumatisierte Überlebende und Angehörige hinterlassen.«

Sie haben sich dem heterogenen selbstorganisierten Netzwerk »Betroffenen- und Solidaritätsnetzwerk« von Hinterblieben und Überlebenden des NSU-Terrors angeschlossen. Mit beeindruckender Beharrlichkeit, unzähligen Kundgebungen, Veranstaltungen, Theater-Inszenierungen und Veröffentlichungen haben sie in den zurückliegenden 15 Jahren erfolgreich dafür gekämpft, dass in den Tatortstädten der NSU-Mord- und Anschlagsserie Straßen, Plätze und Gedenkorte an die zehn Ermordeten erinnern. Mit dem Jugendbuch »Unser Schmerz ist unsere Kraft«, das auf der Shortlist für den diesjährigen Jugendliteratur-Preis nominiert war, schaffen Semiya Şimşek (38) und Gamze Kubaşık auch für nach dem 4. November 2011 geborene Teenager:innen einen Einblick in ihre Erfahrungen und erinnern an ihre ermordeten Väter. Unterstützt werden sie von zivilgesellschaftlichen Initiativen wie dem Netzwerk »NSU Watch – erinnern und aufklären«, dem bislang ersten NSU-Dokumentationszentrum in Chemnitz und Nebenklagevertreter:innen wie Seda Başay-Yıldız. Nachdem Polizeibeamte im 1. Frankfurter Polizeirevier deren geschützte Anschrift verbreitet hatten, erhielten die Frankfurter Rechtsanwältin und Nebenklagevertreterin der Familie Simşek und ihre kleine Tochter Morddrohungen des NSU 2.0-Netzwerks. Auch hier sind die Parallelen zum NSU-Komplex unübersehbar: Für die Justiz ist das Strafverfahren mit der Verurteilung eines 51-Jährigen aus Berlin beendet. Die Disziplinarverfahren gegen einige der in einer rassistischen Chatgruppe organisierten Polizeibeamten sind auch nach acht Jahren nicht abgeschlossen.

Inmitten eines rechten Flächenbrands und der Zäsuren im Magdeburger Landtag sollte das Gedenken an die Mord- und Anschlagsopfer am 4. November aufrütteln: Weil es an die mörderische Dimension von Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus, deren Kontinuitätslinien und die Verantwortung des Rechtsstaats erinnert, die Angegriffenen zu schützen und ihre Grundrechte zu verteidigen. ⬡